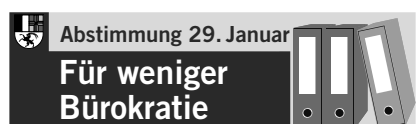


«Ein wichtiges politisches Signal»

Die Initiative «gegen unnötige Bürokratie und Reglementierung» erhält Rückendeckung von Edmund Stoiber. Der deutsche CSU-Politiker leitet seit 2007 die Hochrangige Gruppe für Bürokratieabbau in der EU.

Mit Edmund Stoiber sprach Gion-Mattias Durband *

Chur/München. – Am 29. Januar haben die Bündner an der Urne über die Volksinitiative «gegen unnötige Bürokratie und Reglementierung» zu befinden. Ziel der Initianten aus dem Lager der FDP Graubünden: Die «Regulierungsdichte und die administrative



Belastung für Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), sollen so gering wie möglich gehalten werden, wie es im Initiativtext heisst.

Aber nicht nur hierzulande treibt die Sorge um eine überbordende Bürokratie die Politiker um. Auch in der EU sorgten Auswüchse der Regulierung bei den Bürgern bisweilen für Ratlosigkeit. Ein Paradebeispiel: die Regulierung der Gurkenkrümmung. Zumindest dieser regulatorische Schnellschuss wurde mittlerweile wieder abgeschafft. Unter tatkräftigem Mitwirken des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber. Im schriftlichen Interview mit der «Südostschweiz» nimmt der Leiter der Hochrangigen Gruppe zum EU-Bürokratieabbau Stellung zur FDP-Initiative und berichtet von seinen Erfahrungen zum Bürokratieabbau in Deutschland und der Europäischen Union.

«Zwischen Freiheit und Sicherheit»

Herr Stoiber, die Initianten erhoffen sich vom Verfassungsartikel eine psychologische Wirkung auf Gesetzgeber und Verwaltung, die bürokratische Belastung für Unternehmen gering zu halten. Wie schätzen Sie die Wirksamkeit einer solchen Absichtserklärung ein? Edmund Stoiber: Die Aufnahme des



Der Fachmann: Edmund Stoiber hat sich der Entschlackung der Bürokratie verschrieben.

Bild Diether Endlicher/Keystone

Bürokratieabbau als Ziel in die Verfassung ist ein wichtiges politisches Signal. Entscheidend für konkrete Entlastungen der KMU ist allerdings die Unterstützung der politisch Verantwortlichen für diese Daueraufgabe. In Deutschland hat man gute Erfahrungen damit gemacht, den Bürokratieabbau im Kanzleramt anzusiedeln und einen unabhängigen Normenkontrollrat zu schaffen, der alle neuen Rechtsvorschlüsse auf ihre bürokratischen Auswirkungen überprüft. Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstützt den Bürokratieabbau nachdrücklich.

Nach welchem Ansatz gehen Sie bei ihrer Arbeit in der Hochrangigen Gruppe für Bürokratieabbau vor?

Auf der Grundlage von Bürokratiekostenmessungen hat die von mir geleitete Expertengruppe die wichtigsten europäischen Rechtsvorschriften durchforstet und weit über 300 Vereinfachungsvorschläge mit einem Entlastungsvolumen von rund 41 Milliarden Euro vorgelegt. Davon sind bereits Massnahmen mit einem Volumen von über 30 Milliarden Euro ab-

schliessend auf europäischer Ebene beschlossen worden.

«Es braucht Mut zur Lücke»

In welchen Bereichen ist der Handlungsbedarf erfahrungsgemäss am grössten, wenn es darum geht, die KMU zu entlasten?

Die wichtigsten Rechtsbereiche sind das Bilanzierungsrecht, die Mehrwertsteuer, das öffentliche Auftragswesen, das Lebensmittelrecht sowie insbesondere das Arbeitnehmer-schutzrecht und der Bereich Statistik. Hier stellt sich oft die Frage, ob kleine Betriebe, die nur regional oder lokal tätig sind, wirklich alle Vorschriften für grenzüberschreitend tätige Unternehmen erfüllen müssen oder ob es Ausnahmen oder erleichterte Anforderungen geben kann. Die Europäische Kommission will diesen Ansatz jetzt systematisch anwenden und eine Beweislastumkehr zugunsten von

Ausnahmen für kleine und mittlere Unternehmen einführen.

Wie muss man sich die Arbeit in der Expertengruppe vorstellen?

Die Mitarbeiter der Gruppe bringen ihr Fachwissen und ihre langjährige berufliche Erfahrung ein und haben jeweils die Berichterstattung für eines der insgesamt 13 vorrangig zu überprüfenden Rechtsgebiete übernommen. Im vergangenen Jahr hat die Gruppe zudem schwerpunktmässig einen umfangreichen Bericht erarbeitet mit zahlreichen Beispielen, wie die Mitgliedstaaten in der Europäischen Union europäische Vorgaben möglichst unbürokratisch umgesetzt haben. Dieser sogenannte Best Practice Report wird nach der Übergabe an Kommissionspräsident José Manuel Barroso sicher auch in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente intensiv diskutiert werden und weitere Impulse für den nationalen Bürokratieabbau geben. Gerade der grenzüberschreitende Erfahrungsaustausch birgt ein enormes Entlastungspotenzial für die KMU.

Regulierung schützt die Bürger auch vor Willkür der Verwaltung und schafft Rechtssicherheit. Wo ziehen Sie die Grenze zwischen der für den Rechtsstaat notwendigen Regulierung und unnötiger Bürokratie?

Tausende Parlamentarier und Beamte in ganz Europa sind ständig damit beschäftigt, das Leben der Menschen mit immer neuen Regelungen zu verbessern. Und die Ziele, die wir damit verfolgen, sind ja in aller Regel auch richtig und ehrenwert. Insbesondere nach Katastrophen und Krisen werden neue Regelungen und Kontrollen eingefordert, um so etwas künftig zu verhindern. Das hat auch sicher seine Berechtigung. Insbesondere bei den grossen Themen wie der Regulierung der Finanzmärkte hat Europa in der Vergangenheit zu wenig gemacht. Bei vielen Fragen des alltäglichen Lebens sind aber keine zusätzlichen europäischen Regelungen nötig. Das heisst: Letztlich ist die eigentlich grosse Frage bei der Bürokratie das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit. Zwar wird die Bürokratie beklagt, aber die Sicherheit hat hohe Konjunktur. Meine Überzeugung ist, dass wir das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit besser austarieren müssen. Dafür brauchen wir ein neues Denken in Europa, dafür brauchen wir auch ein Stück Mut zur Lücke.

* Das Interview wurde schriftlich geführt.

Edmund Stoiber ...

... wurde am 28. September 1941 im bayerischen Oberaudorf geboren. Nach dem Studium der Politik- und der Rechtswissenschaften in München begann Stoiber seine berufliche Laufbahn im Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen. Von 1974 bis 2008 war der CSU-Politiker Mitglied des Bayerischen Landtags und amte von 1993 bis 2007 als Bayerischer Ministerpräsident. Von 1999 bis 2007 war er zudem Parteivorsitzender der CSU. Seit November 2007 ist Stoiber in Brüssel ehrenamtlicher Leiter der Hochrangigen Gruppe für Bürokratieabbau. Die Arbeitsgruppe unterstützt die EU-Kommission bei der Reduzierung von Verwaltungslasten für die Unternehmen. (gmd)

Outlet Village: Der Kanton erteilt der Unia eine Abfuhr

Das Bündner Departement für Volkswirtschaft und Soziales hat die Beschwerde der Unia gegen die Sonntagsarbeit im Landquarter Outlet Village abgewiesen. Für die Gewerkschaft ist der Entscheid «unverständlich».

Von Tatjana Jaun

Landquart. – In den Läden des Alpenrhein Outlet Village Shopping in Landquart darf ausser in den Monaten Mai und November weiterhin sonntags gearbeitet werden. Das geht aus einer Medienmitteilung des Outlet Village von gestern hervor. Gegen die Bewilligung, die das kantonale Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Kiga) vor über 14 Monaten erlassen hatte, reichte die Gewerkschaft Unia eine Beschwerde ein. Ohne Erfolg: Am Montag wies das zuständige Departement für Volkswirtschaft und Soziales die Beschwerde ab.

«Wir haben zwei Voraussetzungen

überprüft. Einerseits, ob das Alpenrhein Outlet Village Shopping in einem Fremdenverkehrsgebiet liegt, andererseits, ob das Outlet Village den spezifischen Bedürfnissen der Touristen, die sich in diesem Einzugsgebiet aufhalten, entspricht. Diese Voraussetzungen betrachten wir als erfüllt», erklärte Departementssekretär Bruno Maranta gestern auf Anfrage.

«Ein Teilerfolg»

Der Entscheid wird in Landquart selbstverständlich begrüsst. In der Mitteilung heisst es: «Das Outlet Village sieht sich in seinen Bemühungen bestärkt, einen wertvollen Beitrag zur Attraktivität der Tourismusregion Graubünden zu leisten.» Die Touristen würden ein hochwertiges, multifunktionales und attraktives Tourismusangebot suchen. Das Alpenrhein Outlet Village sei Teil eines solchen Angebots. Auf Anfrage zeigt sich Alpenrhein-Direktor Claudio Poltera höchst zufrieden. «Der Entscheid stimmt uns sehr glücklich. Er stellt ein Teilerfolg für uns dar. Auch unsere Mitarbeiter ha-

ben die positive Antwort begrüsst», sagte Poltera.

Offen bleibt die Frage, ob künftig im Outlet Village auch in den Monaten Mai und November an Sonntagen gearbeitet werden darf. Im Rahmen der vom Kiga erlassenen Verfügung ist die Sonntagsarbeit in der Zwischensaison nicht erlaubt. Dagegen hatten die Outlet-Betreiber Einsprache erhoben. Ein Entscheid ist noch offen.

Unia will zuerst analysieren

Bei der Unia herrscht derweil Konsternation. «Der Entscheid ist für uns unverständlich», sagte Mediensprecherin Vania Alleva. «Er steht im Widerspruch zu den jüngsten Gerichtsurteilen. So wurde zum Beispiel im sankt-gallischen Rapperswil-Jona der Sonntagsverkauf bei der Migros untersagt.» Ob die Gewerkschaft den Fall ans Verwaltungsgericht weiterziehen will, lässt Alleva offen. «Wir werden in den kommenden Tagen das Urteil im Detail analysieren und dann über die nächsten Schritte entscheiden.»

Chur erhält ein Kinderkafi



Grossandrang am Eröffnungstag: Der Churer Nachwuchs fühlt sich im neuen Kinderkafi sichtlich wohl.

Bild Theo Gstöhl

Chur. – Chur hat ein Herz für Kinder: Gestern ist im Familienzentrum Planaterra an der Reichsgasse 25 das erste Kinderkafi eröffnet worden. Das neue Angebot im Parterre ist als Treffpunkt für Mütter, Väter und Grosseltern mit und ohne Kinder gedacht. Bei Kaffee und Kuchen können Erfahrungen ausgetauscht werden, zudem liegen Zeitschriften und Bücher auf. Für

die Kinder laden eine Kinder-Küche, ein Verkäuferli-Laden, Spielsachen, Gesellschaftsspiele, Bücher und kuschlige Ecken zum Verweilen ein. Das Kinderkafi verfügt auch über eine diskrete Zone zum Stillen. Die Initiantinnen Irina Domenig-Skaanes und HeidiTheus-Saxer wollen das Kinderkafi zur Informationsplattform für Kinderthemen machen. (so)